

Zürich, 17. Juni 2026

Fraktionserklärung der SVP

Verwaltungsgericht stoppt die linksgrüne Verkehrsdeologie

Der Zürcher Stadtrat ist vor Gericht krachend gescheitert. Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerde der Stadt Zürich gegen das Einschreiten des Kantons vollumfänglich abgewiesen und bestätigt, was für die Bevölkerung, das Gewerbe und die Blaulichtorganisationen längst offensichtlich war: Das Verkehrsexperiment am Neumühlequai, an der Walchestrasse und beim Milchbucktunnel war verantwortungslos, rechtswidrig und gefährlich.

Die linksgrüne Stadtregierung glaubte einmal mehr, sie könne ihre ideologischen Wunschvorstellungen über geltendes Recht, Zuständigkeiten und die Interessen der Bevölkerung stellen. Ohne genügende Abklärungen wurden Fahrspuren aufgehoben, der Verkehrsfluss künstlich behindert und massive Rückstaus bis in die Tunnel hinein in Kauf genommen. Rettungsfahrzeuge wurden behindert, der öffentliche Verkehr ausgebremst und tausende Pendler unnötig schikaniert

Besonders deutlich ist die Ohrfeige des Gerichts, weil es festhält, dass das Einschreiten des Kantons nicht nur gerechtfertigt, sondern «geboten» gewesen sei. Anders gesagt: Der Regierungsrat musste eingreifen, weil der Stadtrat seine Verantwortung nicht wahrgenommen hat.

Leider ist dieses Verhalten kein Ausrutscher, sondern längst zum Markenzeichen der linksgrünen Verkehrspolitik geworden. Auf der Rosengartenstrasse, der Bellerivestrasse, auf zahlreichen Hauptverkehrsachsen und bei unzähligen Verkehrsprojekten verfolgt der Stadtrat immer dieselbe Strategie: künstliche Verknappung, Behinderung und Verdrängung. Nicht weil dies die Verkehrsprobleme löst, sondern weil man Autofahrer, Gewerbetreibende und Pendler umerziehen will.

Der Stadtrat führt seit Jahren einen ideologischen Feldzug gegen den motorisierten Verkehr. Dabei nimmt er Staus, Ausweichverkehr in Wohnquartieren, längere Fahrzeiten für Handwerker, Lieferdienste und Gewerbe sowie die Belastung der Bevölkerung bewusst in Kauf. Wer nicht ins linksgrüne Weltbild passt, soll aus dem Strassenraum verdrängt werden.

Das heutige Urteil ist deshalb weit mehr als eine juristische Niederlage. Es ist eine schallende Ohrfeige für einen Stadtrat, der zunehmend glaubt, sich über Recht, Zuständigkeiten und die Bedürfnisse der Bevölkerung hinwegsetzen zu können.

Die SVP fordert den Stadtrat auf, seine ideologischen Verkehrsexperimente endlich zu beenden. Zürich braucht eine Verkehrspolitik für die Menschen und nicht gegen sie.

Der Stadtrat soll künftig geltendes Recht akzeptieren und umsetzen, statt mit seiner Ideologie regelmässig Gerichte zu beschäftigen und die Zürcher Steuerzahler mit unnötigen Kosten zu belasten.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Stephan Iten

Präsident SVP-Gemeinderatsfraktion
Mitglied der Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr

Tel. 079 763 41 62

Gemeinderat Johann Widmer

Vize-Präsident SVP-Gemeinderatsfraktion

Tel. 076 386 86 86